



**“Ohne Sozialismus keine
Befreiung der Frau
- ohne Befreiung der
Frau kein Sozialismus!”**
Alexandra Kollontai

Nr. 18, März 2020

8. MÄRZ – WARUM DER INTERNATIONALE FRAUENKAMPFTAG NOCH HEUTE WICHTIG IST

Am 8. März wird weltweit der „Frauentag“ gefeiert. In Berlin ist er sogar als offizieller Feiertag anerkannt. Was sagt der 8. März aber noch heute aus? Wofür stand er und wofür steht er heute?

Warum der 8. März?

Erstmals im Jahr 1911 wurde der internationale Frauentag begrüßt - in Deutschland, Dänemark, Österreich und weiteren europäischen Ländern. Die Idee für solch einen Tag entstand jedoch in den Monaten zuvor im Jahr 1910 auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen. Damals wurde wortwörtlich folgender Beschluss gefasst: *„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient.“* Im Jahr 1910 war die europäische Gesellschaft noch weit entfernt von der Selbstverständlichkeit eines Frauenwahlrechts. Aber die Frauenbewegung kämpfte zu dieser Zeit für die gesellschaftliche und politische Gleichstellung der Frau. Die deutschen Sozialistinnen Clara Zetkin und Käthe Duncker hatten die Initiative für die Einführung eines solchen Tages ergriffen – die Idee jedoch stammte aus Amerika. Es war die US-amerikanische Sozialistin May Wood-Simons, die die Idee eines Frauen(streik)tages aus ihrem Land mitbrachte. Es sollte damit an den mutigen Arbeitskampf der Textilarbeiterinnen New Yorks gedacht werden, welcher am 8. März 1857 die erste große Arbeiterinnenbewegung ins Rollen brachte. An diesem Tag wurden 129 Arbeiterinnen, die in der Fabrik eingeschlossen wurden, bei einem Brand getötet. Später wurde konkret der 8. März als Datum festgelegt, um auch an die Frauen in Russland zu erinnern, die 1917 mit ihrer Frauentagsdemonstration den Auftakt einer landesweiten Streikwelle bildete, die sogar mit der Februarrevolution zum Sturz des Zaren führte. In Deutschland hatte der Frauentag mit dem Ziel des Kampfes um das Frauenwahlrecht im Jahr 1919 eine zentrale politische Rolle, die von deutschen



Heraus mit dem Frauenwahlrecht
FRAUEN-TAG
8. MÄRZ 1914

Den Frauen, die als Arbeiterinnen, Mütter und Gemeindegewerinnen ihre volle Pflicht erfüllen, die im Staat wie in der Gemeinde ihre Steuern entrichten müssen, hat Voreingenommenheit und reaktionäre Gesinnung das volle Staatsbürgerrecht bis jetzt verweigert.

Dieses natürliche Menschenrecht zu erkämpfen, muß der unerwiderliche, feste Wille jeder Frau, jeder Arbeiterin sein. Hier darf es kein Ruhen kein Nachgeben geben. Kommt daher alle, ihr Frauen und Mädchen in die am

Sonntag den 8. März 1914 nachmittags 3 Uhr stattfindenden
Öffentl. Frauen-Versammlungen

Sozialistinnen auf die Straße getragen wurde. Noch heute gehen weltweit an diesem Tag Millionen von Frauen für ihre Rechte auf die Straße.

Wofür steht der Tag heute?

Nur wenige verbinden den Tag heute noch mit einem Kampf um Gerechtigkeit. Vielmehr werden Frauen an diesem Tag mit Blumen beschenkt, ihnen wird mal hier und da die Tür aufgehalten oder sie werden mit Rabattaktionen angelockt – der Tag wurde seines Inhaltes beraubt. Dass heute noch dieser Tag eine hohe politische Bedeutung hat,

zeigt die aktuelle weltweite Lage. In vielen Ländern darunter die Schweiz, Spanien, Argentinien, der Iran hat sich in den letzten Jahren eine kämpferische Frauenbewegung formiert, die mit ihren Forderungen nach Gleichberechtigung auf sich aufmerksam macht.

In Deutschland ist die Frau nach wie vor in allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Frauen bekommen 21% weniger Lohn – dieser Lohnunterschied wird *Gender Pay Gap* genannt. Konkret wird das am folgenden Beispiel: Ein Mann in Deutschland verdiente

2017 durchschnittlich 21 Euro brutto die Stunde. Eine Frau kam im Mittel dagegen immer noch auf einen Bruttostundenlohn von nur 16,59 Euro. Gründe für den Gender Pay Gap sind unter anderem, dass Frauen öfters im Niedriglohnsektor beschäftigt sind und zudem, dass 80% aller Teilzeitbeschäftigten Frauen sind. Diese Lohnungerechtigkeit führt wiederum dazu, dass Frauen vielmehr von Altersarmut betroffen sind als Männer. In keinem Industrieland der Welt ist die Rentenlücke so groß wie in Deutschland, zeigt eine OECD-Studie. Frauen beziehen durchschnittlich 46% weniger Rente als Männer. Der Durchschnitt der untersuchten 27 OECD-Länder liegt dagegen nur bei 25%.

Neben der ökonomischen Ungleichstellung der Frau gibt es auch andere gesellschaftspolitische Themen, wie etwa die Gewalt an Frauen. In Deutschland stirbt jeden dritten Tag eine Frau an den Folgen von Gewalt. Jeden Tag versucht mindestens ein Mann, seine Partnerin oder Ex-Partnerin zu töten. 2018 wurden in Deutschland mehr als 140.000 Menschen Opfer von Gewalt in der Partnerschaft, davon 81% Frauen. Diese Zahlen zeigen auf, dass die Gewalt an Frauen kein Problem jeweiliger Länder ist, sondern ein strukturelles. Hinzu kommt all der Sexismus, der in der Gesellschaft durch Medien, Werbung, Filme oder Pornographie verbreitet wird. Der dahinterstehende Sexismus und die Unterdrückung sind Produkte dieses kapitalistischen Systems.



Weltweit fordern Frauen ihre Rechte ein!

Weil die Frauen das erkannt haben, haben sie sich weltweit zusammengeschlossen, Frauenstreiks und Demonstrationen organisiert. In den letzten Monaten ist die Performance „Der Vergewaltiger bist du“ bekannt geworden. Frauen in Chiles Hauptstadt Santiago de Chile haben sie angefangen. Etwa 6000 Frauen allen Alters versammelten sich, um auch gegen die staatliche Unterdrückung zu kämpfen. In Chile kommt es immer wieder zu Gewalt gegen Frauen durch Polizisten und zu sexuellen Übergriffen. Deshalb wurden auch während der Performance Parolen gegen staatliche Repressionen gerufen. Binnen kürzester Zeit erreichte die Performance Frauen auf der ganzen Welt. Auch Frauen in der Türkei, die immer wieder von den Nachrichten über ermordete Frauen erschüttert sind, kamen zusammen, um ihrem Kampf Ausdruck zu verleihen. In der Metropole Istanbul versammelten sich etwa 300 Frauen, riefen und performten zusammen: „Es ist nicht meine Schuld. Egal wo ich bin, egal was ich an habe, es ist nicht meine Schuld. Der Vergewaltiger bist du. Schuld sind auch die Polizei, die Richter und die Präsidenten, die gegen Vergewaltigungen und Frauenmorde nichts unternehmen.“ Kurz darauf griff die Polizei die Menge an und setzte dabei Tränengas ein. Außerdem kam es zu mehreren Festnahmen. Das ist die Realität, der Frauen jeden Tag ausgesetzt ist. Sie fordern ihre Rechte ein, kämpfen für sie und werden am Ende des Tages vom Staat mundtot gemacht. Auch patriarchalische

Rollenbilder werden uns aufgezwungen, um unsere Ansichten über die Frauen zu prägen und sie zum schwächeren Geschlecht zu erklären. Die Liste der Ungerechtigkeiten ist lang. Fakt ist, dass die Frau im kapitalistischen System sowohl ökonomisch als auch gesellschaftlich unterdrückt wird und damit eine doppelte Unterdrückung erfährt. Aus diesem Grund ist es wichtig, der kämpferischen Tradition des 8. März zu folgen, sich aktiv am internationalen Frauentag zu beteiligen und gerechten Widerstand auf die Straße zu tragen!



Wenn wir den Nazi-Terror beenden wollen

Neun Menschen sind tot. Sie sind tot, weil sie „ausländischer Herkunft“ waren. Wir trauern um sie. Wir denken an ihre Familien. Es hätte auch uns treffen können, unsere Freunde, unsere Familie. Es ist unvorhersehbar.

Die Gewalt ist auf einer neuen Stufe angekommen:

Der Terroranschlag in Hanau war der größte bisher in Deutschland. Im Februar wurde deutschlandweit schon wieder eine Nazi-Terrororganisation aufgedeckt. Rassistisches Denken ist in der Gesellschaft so stark wie lange nicht.

Wie konnte es so weit kommen?

Größtenteils durch die dauernde rassistische Propaganda

der AfD: „Ausländer sind kriminell, Deutschland gehört den Deutschen, flüchtende Menschen sollen im Mittelmeer sterben“.

Vor zehn Jahren hätte niemand gedacht, dass menschenverachtendes Denken so stark werden kann. Die AfD hat den größten Teil dazu beigetragen, denn sie hat den Terror geistig vorbereitet. AfD-Politiker sind mitverantwortlich für den 9-fachen Mord in Hanau. Sie haben Blut an ihren Händen.

Und die Politiker der anderen Parteien, was sagen die uns? „Wir müssen die AfD tolerieren, weil es Meinungsfreiheit gibt.“

Das ist Unsinn. Demokratie und Faschismus widersprechen sich. Aber CDU und FDP haben in Thüringen jetzt sogar mit der AfD zusammengearbeitet, um gegen links vorzugehen. Schritt für Schritt öffnen sich diese Parteien für die Faschisten, als wäre Faschismus eine normale politische Meinung. Was wird der nächste Schritt sein? SPD und Grüne rufen höchstens zu friedlichen Protesten gegen die AfD auf. Aber sie sind raus, wenn es darum geht, die Veranstaltungen der AfD zu blockieren. Das ist scheinheilig. Aber diese Politiker sitzen ja im Sicheren und sind nicht von rassistischer Gewalt betroffen.

Warum eine Shisha-Bar?

„In Shisha-Bars sitzen die ganzen faulen, kriminellen Ausländer. Die arabischen Verbrecher-Clans machen da ihre Geschäfte.“ Dieses falsche Bild vermitteln zumindest die Medien. Kein Wunder also, dass der Mörder in einer Shisha-

Bar zugeschlagen hat. Und überhaupt verbreiten die Medien in den letzten Jahren viele falsche Bilder über Menschen mit ausländischer Herkunft. Nicht nur die Bild-Zeitung – es geht auch um „Qualitätsmedien“ wie den Spiegel oder die Zeit. Diese Medien sind mitverantwortlich für den Terror.

Die meisten Zeitungen und Fernsehsender gehören ein paar reichen Leuten. Die bestimmen, was massenhaft verbreitet wird. Das ist komplett undemokratisch – ein Millionär hat eine lautere Stimme als 1.000 von uns. Die Medieneigentümer unterstützen teilweise rassistische Ansichten. Außerdem bringen sie so viele Meldungen über „böse Ausländer“, weil sie damit gut Geld machen können. Das ist widerlich.

Aber das wird sich nicht ändern, solange Medien ein kapitalistisches Geschäft sind und sie ein paar Reichen gehören.

Übrigens: Am Tag nach dem Anschlag wurde die AfD im Ersten befragt, was sie darüber denkt. Wie verachtend ist es gegenüber den Angehörigen der Opfer, den geistigen Brandstiftern sogar in dieser Stunde eine Plattform zu geben?

Schützt uns der Staat?

Nein, Polizei und Verfassungsschutz schützen uns nicht.

Ganz im Gegenteil: In

diesen Institutionen ist Rassismus stark verbreitet. Beispiele: Jungs mit schwarzen Haaren werden dauernd ohne Grund kontrolliert und beleidigt. Der Verfassungsschutz war mitbeteiligt an der 11-fachen Mordserie des NSU (Nazi-Terrororganisation).

Ein krasses Beispiel ist auch Hans-Georg Maaßen. Er war sechs Jahre lang Chef des Verfassungsschutzes. Und er ist schon mehrmals dadurch aufgefallen, dass er Nazis schützt und gegen Antifaschisten hetzt – selbst nach dem Anschlag in Hanau. Und so einer war Chef dieses ganzen Geheimdienstapparates! Unter der Oberfläche steckt noch sehr viel mehr Beunruhigendes. Polizei und Verfassungsschutz sind durchsetzt mit Rassisten und Faschisten. Das zeigt uns: Der Staat ist mitverantwortlich am Terror. Das ist aber kein Wunder, wenn man sich bewusst macht, wofür der Staat da ist. Der Staat gehört nicht uns, den normalen Menschen. Seine Aufgabe ist nicht, sich für Menschlichkeit und Gerechtigkeit

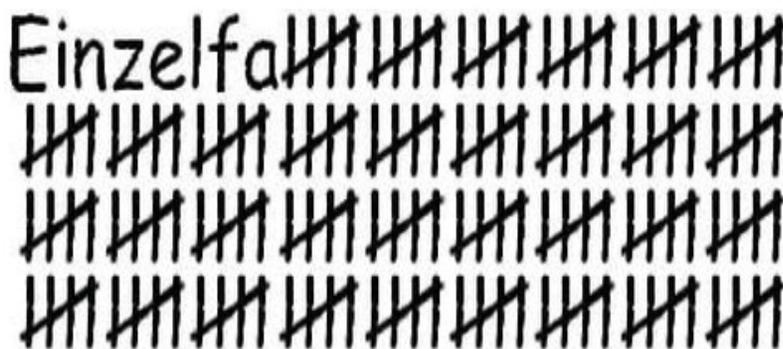


einzusetzen. Der Staat ist ein Instrument der Klasse der Kapitalisten, der Großkonzerne. Der Staat soll den Kapitalismus aufrechterhalten, weil dieser das wirtschaftliche und politische System der Kapitalisten ist. Das kann sogar so weit gehen, dass eine brutale Diktatur errichtet wird wie mit den Nazis damals.

Können wir was ändern?

Ja, wir können etwas ändern. Aber nur, wenn wir zusammenstehen. Schulter and Schulter. Mehr Menschen müssen auf die Straße gehen – vor allem mehr Menschen, die betroffen sind von Rassismus. Wir müssen es der AfD schwer machen, ihre Politik zu machen – z.B. indem wir ihre Veranstaltungen blockieren.

Aber Rassismus und Faschismus bekämpfen heißt auch,



gegen das kapitalistische System zu kämpfen. Denn Rassismus und Faschismus sind nicht vom Himmel gefallen – sie wurden großgezogen von den Parteien, den Medien und dem Staat. Die kapitalistischen Parteien werden diese Aufgabe nicht übernehmen. Es liegt an uns. Nur vereint können wir gewinnen, also organisieren wir uns!

Überwachung und Elektroschocker – Was der Staat alles so darf

Der Verfassungsschutz darf jetzt unsere Whats- App-Nachrichten lesen. Die Polizei darf jetzt Taser benutzen. Schlechte Nachrichten für uns.

Innenminister Horst Seehofer (CSU) versucht seit Monaten das Verfassungsschutzgesetz sowie das Bundespolizeigesetz zu reformieren. Damit sollen die Behörden mehr Befugnisse erhalten. Seehofer begründet das z.B. damit, dass der Verfassungsschutz bisher im Gegensatz zum BKA nicht die Möglichkeiten nutzen durfte, die das digitale Zeitalter bietet. Dazu gehören Online-Durchsuchungen mit sogenannten Staatstrojanern oder auch die Möglichkeit, verschlüsselte Messenger-Dienste zu entschlüsseln – etwa WhatsApp-Gruppen. Seehofers Begründung für die Reform: Die bestehende Terrorgefahr machen diese Gesetzesänderungen erforderlich.

Was der Verfassungsschutz nun alles könnte und kann

Das Gesetz erlaubt dem Verfassungsschutz auch die Onlinedurchsuchung mit Hilfe eines Staatstrojaners. Der Verfassungsschutz darf momentan nur Telefongespräche abhören. Unsere Online Kommunikation etwa über WhatsApp oder Telegram könnte nun überwacht werden, indem der Trojaner Spähprogramme auf die Geräte der auszususpionierenden Person einschleust.

Wen soll der Verfassungsschutz schützen?

CDU und SPD haben schon im Koalitionsvertrag festgelegt, dass sie dem Verfassungsschutz mehr erlauben wollen.

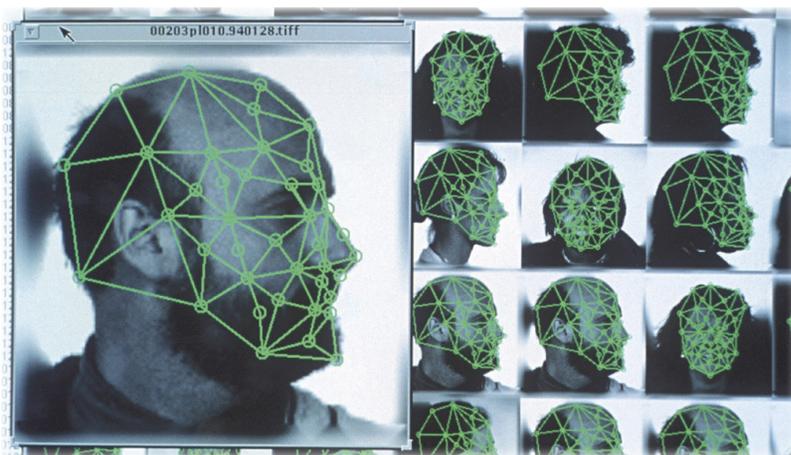
Immer wieder wird für solche weitreichenden Befugnisse die bestehende Terrorgefahr oder die Gefahr von rechts genannt – so auch bei der Reformierung der Polizeigesetze der Länder. Fakt ist jedoch: diese rechtlichen Maßnahmen greifen massiv in die Grundrechte ein. Sie sind Überwachungen und dienen damit einzig und allein dem Ausbau eines Polizeistaates. Der Verfassungsschutz stand selbst mit seinen V-Männern z.B. im Fall des Berliner Breitscheidplatz Attentats, mit dem Täter Anis Amri sehr eng im Kontakt. Dasselbe gilt für den V-Mann Andreas Temme, der am 6. April 2006 im Internetcafé in Kassel saß, als Halit Yozgat dort hinter dem Tresen vom NSU ermordet wurde. Ein weiteres Beispiel stellen die unzähligen folgenlos gebliebenen Fälle innerhalb



der Polizei und der Bundeswehr dar. Diese Beispiele zeigen, dass die Mitarbeiter dieser Behörden selbst wenig überwacht werden – selbst wenn sie unter starkem Verdacht stehen. Und selbst wenn sie unter Verdacht sind, kommen sie meistens trotzdem nicht vor Gericht. Außerdem ist zu sehen, dass die SPD diese Gesetze mit vorantreibt. Sie setzt sich nicht ein für unsere Privatsphäre, sondern für mehr Überwachung.

Das Bundespolizeigesetz – ein weiterer Schritt zur Bürgerüberwachung

Horst Seehofer versucht mit allen Mitteln den Polizeistaat auszubauen. Das bedeutet z.B. praktisch: Die Polizei darf Taser nutzen (das sind Elektroschocker). Seehofer strebt mit allen Mitteln die Überwachung der Bürger an. Hierzu versuchte er Gesichtserkennung an öffentlichen Orten durchzubekommen. Schon heute arbeitet das Bundeskriminalamt mit dieser Software, die zehntausende Täter und Täterinnen identifizieren soll. Die Bundespolizei kann dadurch bereits die Gesichtserkennung nutzen. Seehofers Entwurf beinhaltet auch, dass die Bundespolizei Daten der Gesichtserkennung automatisch mit



personenbezogenen Daten abgleichen darf.

Die Erlaubnis dafür kommt aber nicht ins Gesetz – wegen heftiger Kritik aus Gründen des Datenschutzes. Die Politiker dieses Landes lassen nichts unversucht, um die hart erkämpfte Freiheit zu beeinträchtigen. Solche Gesetzesveränderungen zeigen, dass der Kampf um Freiheit und Wahrung von elementaren Grundrechten niemals vorbei ist. Im Gegenteil, in bestimmten Zeiten, dann, wenn soziale Unruhen entstehen können, kommen solche Gesetze und genau dann ist der Einsatz für die Freiheit notwendig!

Obdachlosigkeit und Mieterhöhungen in Deutschland

Zahlen und Fakten

Fast 1,2 Millionen Menschen ohne festen Wohnsitz – so sieht es in der EU aus. Und Deutschland hat die höchste Wohnungslosenrate unter den EU-Staaten, obwohl es zu den reichsten Industrieländern der Welt gehört. 600.000 Menschen sind hier wohnungslos (diese Zahl entspricht allein den Menschen OHNE Fluchthintergrund). Trotzdem wird diesem Problem kaum entgegengewirkt. Im Gegenteil, die Zahl der Obdachlosen in Deutschland steigt. Immer mehr Familien verlieren ihre Wohnung. Geschätzt ist jeder vierte Obdachlose weiblich und/oder alleinerziehend. Mehr als die Hälfte der Obdachlosen sind junge Erwachsene im Alter von 20 bis 39 Jahren und rund 40% sind 18 bis 25 Jahre alt.

Das Recht auf Sozialhilfe bei Arbeitslosigkeit und zu geringem Einkommen müsste Obdachlosigkeit eigentlich verhindern können. Um jedoch Sozialhilfen wie Arbeitslosengeld II zu erhalten, muss man per Post erreichbar sein, also eine Adresse haben. Aber der Staat sorgt nicht dafür, dass alle Menschen eine Wohnung haben. Denn der Profit auf dem Wohnungsmarkt ist wichtiger als das Menschenrecht auf Wohnen, welches sogar im UN Sozialpakt als „right of housing“ normiert ist.

Viele Wohnungslose leben in betreuten Wohnheimen und finden ganz schwer wieder Anschluss zu einem geregelten

Leben. In den Notunterkünften gibt es nicht genug Schlafplätze für alle und der Aufenthalt ist meist wegen der hohen Kosten nur nächtlich möglich. Vielen bleibt daher keine andere Möglichkeit, als im Freien zu übernachten. Vermieter wollen oftmals keine Wohnungen an wohnungslose Menschen vermieten. Ohne Wohnung kriegt man nur schwer eine Arbeit und ohne Arbeit schwer eine eigene Wohnung. Dadurch entsteht ein ewiger Teufelskreis.

Obdachlosigkeit – ein ewiger Kreislauf?

Die größte Ursache für Obdachlosigkeit ist jedoch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, sowie die Arbeitsarmut der Generation „Billigjobber“. Niedriglohnbezieher bekommen weniger als zehn Euro pro Stunde. Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren Europas. Und Langzeiterwerbslose bekommen nicht mal den Mindestlohn, wenn sie wieder einen Job haben. Die Armutsquote ist in den letzten Jahren angestiegen. Das größte Problem stellen dennoch die enormen Mieterhöhungen dar, zudem werden Obdachlose durch den Staat mit Polizeieinsätzen oder durch „defensive Architektur“ von ihren Schlafplätzen verdrängt. Die Anzahl der Sozialwohnungen hat sich in den letzten Jahren von 2,5 Millionen auf 1,2 Millionen verringert. Durch die Abschaffung der Gemeinnützigkeit am Ende der

1980er Jahre konnten Unternehmen mehr Einnahmen beanspruchen, als für die Instandhaltung des Hauses notwendig ist. Außerdem wurde durch die Privatisierung in den 1990er Jahren die Verpflichtung aufgehoben, das erworbene Vermögen in weitere gemeinnützige Bauprojekte zu investieren. Heute zählt also Eigennutz vor Gemeinnutz, der Profit des Eigentümers.

Große Wohnungskonzerne dürfen dadurch Häuser in ärmeren Stadtteilen kaufen und sanieren. Die Mietpreise werden erhöht. Diese Aufwertung wird als Gentrifizierung bezeichnet. Problem hierbei ist jedoch, dass arme Menschen aufgrund der Mietpreiserhöhung aus diesen Wohngebieten gedrängt werden. Das bedeutet, auf Kosten der Alleinerziehenden, Geringverdiener und Rentner profitieren allein die Konzerne und Politiker. Das Recht auf Wohnen wird in Großstädten hauptsächlich den Reichen gewährleistet. Diese Spaltung ist nicht neu. Dieser Zustand ist schon lange in Pariser Vororten zu beobachten.

Unsere Antwort auf die Wohnungsfrage ist eine andere!

Seit Juni 2015 ist ein Gesetz zur Mietpreisbegrenzung in Kraft. Dieses regelt erlaubte Preisanstiege bei Wiedervermietungen von Bestandswohnungen. Die Mietpreise dürfen bei Weiter- bzw. Neuvermietungen von Bestandswohnungen maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Neubauten und modernisierte Wohnungen sind hiervon ausgeschlossen. Die Mietpreisbremse gilt jedoch nicht bundesweit. Das Gesetz



gilt nämlich nur dann, wenn z.B. Bundesländer bestimmte Gebiete als „angespannte Wohnungsmärkte“ ausweisen. In Berlin liegen die Preise 31% über der zulässigen Miete. Dennoch klagen aufgrund der Kosten und des Aufwands nur die wenigsten. Außerdem können die Preise des Vormieters enthalten werden, was dem Vermieter mehr Freiraum gibt.

Das gesellschaftliche Phänomen der Obdachlosigkeit ist ein Produkt des kapitalistischen Systems, das in jeder Hinsicht den Profit vor dem Wohlergehen der Menschen stellt.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt, ein Land mit technischen und wissenschaftlichen Fortschritten und trotzdem sind unzählige Menschen der Existenzangst ausgesetzt. Die Wohnungsfrage ist eins der drängendsten Probleme unserer Zeit – das zeigen auch Demonstrationen wie die in Berlin im April 2019, an der 35.000 Menschen teilnahmen. Schon jetzt gibt es Stimmen nach Enteignungen, was vor einigen Jahren noch kaum vorstellbar gewesen wäre.

Die Politik betreibt mit ihren reformistischen Ansätzen wie der Mietpreisbremse, die etliche Schlupflöcher zulässt, lediglich Augenwischerei. Daher ist es wichtig und richtig die eigentliche Ursache - den Kapitalismus - für dieses Problem zu benennen. Friedrich Engels hat schon 1872 formuliert:

„Nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d.h. der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht“.



Landminen - die Kriegswaffe schlechthin

Die Pressesprecherin des Weißen Hauses Stephanie Grisham gab bekannt, dass die US-Regierung unter Präsident Trump das Landminenverbot, welches auf ein im Jahr 1997 geschlossenes Abkommen zurückzuführen ist, aufheben wird.

Die USA tritt Menschenrechte mit Füßen!

Das Abkommen verbietet den unterzeichnenden Staaten die Herstellung, Lagerung und den Einsatz oder Erwerb derartiger Minen. Ebenfalls regelt der Vertrag die Fälle der Säuberung verseuchter Gebiete und die Unterstützung der verseuchten Länder. Wie so oft bei völkerrechtlichen Verträgen gibt es einige Länder, die sich diesem Diktat nicht unterwerfen wollten, darunter Länder wie China, Israel und auch die USA. Jedoch hatte die USA unter der Obama Regierung ihre Selbstverpflichtung zu diesem Verbot abgegeben, welche nun Donald Trump zurücknimmt. Obamas Erklärung zur Selbstverpflichtung beinhaltete also eine Annäherung an das internationale Abkommen. Hierbei versäumte er jedoch die in den US-Lagern befindlichen Minen zu vernichten. Laut Experten existieren derzeit noch in US Händen rund drei Millionen Landminen, die sich aus der Ferne nicht kontrollieren oder deaktivieren lassen und damit extrem gefährlich und letztlich tödlich sind. Nun befürwortet Trump den Einsatz von Landminen, die sich aus der Ferne kontrollieren lassen. Es sei ein „neben vielen anderen ein wichtiges Werkzeug, das unseren Kommandeuren auf dem Schlachtfeld zur Verfügung stehen muss“, so die Worte des US-Verteidigungsministers Mark Esper. Die USA kamen zu dieser Entscheidung aufgrund einer internen Auswertung des Pentagons, welches im Verzicht auf Landminen die Gefahr von militärischen Misserfolgen sieht. Die Angst vor anderen Großmächten führt erneut zur Aktivierung unkontrollierbarer Zerstörung, denn allein die Möglichkeit des Einsatzes solcher Kriegswaffen solle den Feind zum Zittern bringen.

Landminen gehören zum Kriegsalltag

Landminen sind günstig in der Produktion, im Krieg leicht einzusetzen und ihr Erfolg ist garantiert. Die Folgen jedoch sind verheerend. Noch Jahrzehnte nach ihrem Verstecken ist die damit verbundene Suche und Räumung ein Spiel mit dem Tod. Länder wie Afghanistan, Bosnien Herzegowina



und Kongo sind heute noch stark belastet. Die genaue Anzahl der versteckten Minen auf der Erde kennt niemand. Nur schätzungsweise sind von 110 Millionen Sprengfallen in über 70 Ländern auszugehen. Auch diese Zahl hatte die USA in ihrer Veröffentlichung um 40 Millionen gesenkt. Im vergangenen Jahr sollen 3059 Menschen durch Minen und andere explosive Kriegsüberreste getötet worden sein. 3837 weitere zogen sich dadurch Verletzungen zu. Es sind Verletzungen, die die Überlebenden ihr Leben lang prägen wie amputierte Arme und Beine. Häufig sind die Opfer Kinder, die im Freien spielen und dort auf eine Mine treten.

Das ist kein Schicksal, das ist eine fremdbestimmte Entscheidung!

Imperiale Interessen der Staaten führen zu Tod!

Nun soll die technische Möglichkeit der Kontrolle den Tod oder die Verstümmelung unschuldiger Menschen verharmlosen bzw. rechtfertigen? Kriegslust der Staaten, geleitet durch die Profitgier, sorgt jährlich für den bestialischen Tod unschuldiger Zivilisten. Die Entscheidung der USA ist aufs Schärfste zu verurteilen, da kein Argument dieser Welt dieses Vorhaben rechtfertigen kann.

Diese Entscheidung demaskiert erneut dieses System, welches Krieg erzeugt und fördert! Es zeigt, welche geringe Bedeutung Abkommen haben können. Über Nacht können sie aus Profitgier gekündigt werden. An ihre Stelle können neue andere Abkommen treten, in diesem System bieten sie daher keinen Schutz, vor allem, weil sie jederzeit umgangen werden können oder im Falle der Nichteinhaltung diese ohne Konsequenz bleibt. Das haben etliche Beispiele bereits gezeigt!

Free Assange - Ein Wettlauf gegen die Zeit

In London hat Ende Februar der Prozess gegen den Wikileaks-Gründer Julian Assange begonnen. Tausende demonstrierten bereits vor der australischen Botschaft und zogen dann weiter vor das Parlamentsgebäude. Mit Schildern wie „Journalismus ist kein Verbrechen“ und „Keine Auslieferung“ bekundeten die Teilnehmer ihre Solidarität mit dem Politaktivist.

Die Großmächte auf der Jagd nach Assange

Im Jahr 2010 wurden auf der Enthüllungsplattform Wikileaks geheime US-Dokumente veröffentlicht, die zeigen, wie das US-Militär im Irak und in Afghanistan schwere Kriegsverbrechen begangen hat. Anhand eines Videos wird belegt, dass US-amerikanische Soldaten im Irak-Krieg Zivilisten und Journalisten erschossen haben.

Danach begann für Assange der Wettlauf gegen die Zeit und gegen die Großmächte. Sieben Jahre lang musste er aufgrund der Verfolgung der USA in der ecuadorianischen Botschaft leben, in der er politisches Asyl erhalten hatte. Im April 2019 wurde ihm jedoch vom neuen ecuadorianischen Präsidenten Moreno sowohl das Asylrecht als auch die Staatsbürgerschaft entzogen. Kurz darauf wurde er in der ecuadorianischen Botschaft von der britischen Polizei festgenommen und am 1. Mai 2019 zu einer Haftstrafe von 50 Wochen in einem britischen Hochsicherheitsgefängnis in Isolationshaft verurteilt.



Kritischer Journalismus wird kriminalisiert

Im Juni 2019 forderte dann die USA Großbritannien dazu auf, Julian Assange auszuliefern. Ihm drohen in den USA im Falle eines Schuldspruches in den 18 Anklagepunkten insgesamt 175 Jahre Gefängnis oder sogar die Todesstrafe. Bereits jetzt lebt Assange unter unmenschlichen Bedingungen, sodass 120 Ärzte davon ausgehen, dass Assange gefoltert wird. Er zeige nämlich entsprechende körperliche und psychische Symptome auf. Im Falle einer Auslieferung und Inhaftierung in den USA werden ihn ebenfalls strenge Haftbedingungen erwarten; neben Isolationshaft auch die strenge Überwachung der Kommunikation mit den Anwälten.

Solidarität mit allen inhaftierten Journalisten!

Die US-Regierung möchte an Assange, der kein US-Bürger ist, ein Exempel statuieren. Sie will kritischen Journalismus mundtot machen und um jeden Preis ihre Macht präsentieren. Es ist ein Paradoxon für sich: Zivilisten zu töten soll kein Verbrechen sein, aber darüber zu berichten schon. Dieses Paradebeispiel zeigt, dass Menschenrechte und die Wahrung der Menschenwürde immer nur bis zu einem bestimmten Punkt gewährleistet werden. Kritischer Journalismus ist eine Waffe, die sich stets gegen die Mächtigen richten muss und all diejenigen, die tag- täglich mit dieser Waffe kämpfen, müssen unterstützt werden!

Deshalb sagen wir auch : **FREE ASSANGE!**

Wer wir sind:

Resistance hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine alternative Informationsquelle zu sein, welche mit einer revolutionären Perspektive auf die Welt schaut und mit einem kritischen Blick über das Weltgeschehen, die Politik und die gesellschaftlichen Probleme berichtet.

Unser Stift schreibt nicht für Profit und verdunkelt nicht die Machenschaften der Herrschenden. Unser Stift schreibt einzig und allein für die Ausgebeuteten und Unterdrückten.

